76. Jahrgang. Nr. 26 Sonnabend, 16. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 24341. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,00 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3,00 Mk. einschließlich 64 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Preisnachlaß lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

England bereitet ein Kompromiß vor

Erst kurzes Tributmoratorium – dann Endlösung

London, 15. Januar. Das englische Kabinett hält daran fest, daß die Lausanner Konferenz planmäßig am 25. Februar beginnen soll, vorausgesetzt, daß Frankreich zu diesem Zeitpunkt daran teilnehmen kann.

Man hofft in London zuversichtlich, daß das neue französische Kabinett im Laufe der nächsten Woche sein Vertrauensvotum von der Kammer erhalten wird,

so daß dann dem Erscheinen der französischen Vertreter in Lausanne nichts mehr im Wege steht.

Außenminister Simon und Schatzkanzler Neville Chamberlain werden, so verlautet an zuständiger Stelle, bestimmt nach Lausanne fahren, während die Teilnahme des Handelsministers Runciman angesichts der großen Belastung, die die Vorbereitungen für die neue Handelspolitik mit sich bringen, zweifelhaft geworden ist.

Die Vorbereitungen der englischen Regierung zur Konferenz stützen sich, wie bestätigt wird, auf den sogenannten Cityplan, der vorsieht, daß die Konferenz zunächst ein kurzes Tributmoratorium für Deutschland beschließt, so daß auch über den 1. Juli 1932 hinaus keine Bargeldtribute gezahlt werden, und daß nach Ablauf einiger Monate die Konferenz erneut zusammentritt, um sich dann einem Plan zur endgültigen Lösung zuzuwenden. Man hofft, auf dieser Grundlage schon vor dem Zusammentritt der Konferenz eine Einigung zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland zustandezubringen, wofür die Anzeichen günstig beurteilt werden.

Aus durchaus zuverlässiger Quelle verlautet, daß England den Plan eines Sonderabkommens oder einer Sonderverständigung mit Frankreich vor dem Zusammentritt der Lausanner Konferenz endgültig aufgegeben hat.

Es wird betont, daß während der Verhandlungen zwischen den englischen und französischen Finanzsachverständigen in Paris England keine Verpflichtungen eingegangen ist und auch in Zukunft keine Sonderabmachungen eingehen werde. Die englische Politik lege vielmehr Gewicht auf eine allgemeine Verständigung zwischen den europäischen Gläubigermächten und den Schuldnerstaat Deutschland.

Möglicherweise wird die englische Regierung von sich aus diesbezügliche allgemeine Richtlinien bekanntgeben, die als Ausgangspunkt der Verhandlungen dienen könnten.

Nach kurzer Sitzung soll die Konferenz — dem englischen Wunsche nach — bis zu einem Zeitpunkt vertagt werden, der so frühzeitig liegt, daß Amerika rechtzeitig in die Lage versetzt werden kann, die europäische Lage noch einmal vor dem 15. Dezember nachzuprüfen,

an dem die nächsten interalliierten Schuldenzahlungen an Washington fällig werden. — Ueber Einzelheiten, worunter zum Beispiel besondere Zusagen an Deutschland oder Pläne über die Art des Herantretens an Amerika fallen, sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Man verkennt englischerseits nicht, daß möglicherweise mit einem Widerstand Frankreichs zu rechnen ist, besonders gegen etwaige Versprechungen einer endgültigen Lösung.

Deutscherseits würde man bei einer etwaigen Annahme des englischen Planes Wert darauf zu legen haben, bestimmte Garantien zu erhalten, daß die Verhandlungen über eine endgültige Lösung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt noch in diesem Jahre aufgenommen werden, daß die Rückwirkungen der Krise auf Deutschland gebührend berücksichtigt und die vom deutschen Kanzler gemachten Erklärungen nicht außer acht gelassen werden.

Beginn der englisch-italienischen Verhandlungen

London, 15. Jan. Die Verhandlungen zwischen den englischen und italienischen Finanzsachverständigen wurden am Freitagvormittag durch eine Besprechung beim Schatzkanzler Neville Chamberlain eingeleitet, an der außerdem noch die Professoren Beneduce und Buti sowie Leith Roß teilnahmen. An die Besprechung schloß sich ein Frühstück, zu dem auch der gegenwärtige Geschäftsträger der italienischen Botschaft und der englische Außenminister Simon geladen waren. Die Besprechungen galten der Tributfrage und den Vorbereitungen zur Lausanner Konferenz.

*

Paris, 15. Jan. Der „Temps" folgert aus den letzten Erklärungen Hoovers, daß Amerika sich einer europäischen Initiative hinsichtlich einer vorläufigen Lösung der gesamten Schuldenfrage nicht verschließen würde. Man sehe wohl ein, so sagt das Blatt, daß die Washingtoner Regierung vor den Wahlen eine endgültige Lösung dieser Frage nicht vornehmen könne. Deshalb sei die Forderung eines kurzen allgemeinen Zahlungsaufschubes, dem eine spätere endgültige Lösung folgen könne, um so berechtigter.

Neurath beim englischen Außenminister

London, 15. Jan. Der deutsche Botschafter besuchte am Donnerstagabend den englischen Außenminister, mit dem er die Tributfrage und die Vorbereitungen für die Lausanner Konferenz besprach. Der englische Außenminister unterrichtete den Botschafter über die jüngsten Strömungen, die sich im englischen Kabinett zugunsten einer kurzfristigen Verlängerung des Tributmoratoriums durch die Lausanner Konferenz bemerkbar machen, durch die der Weg zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage offenbleiben soll.

Englische Würdigung der nationalen Bewegung

„Erfüllungspolitik für immer erledigt"

Berlin, 15. Jan. (Eig. Drahtmeldung.) Der Londoner „Daily Telegraph" veröffentlicht den Artikel eines soeben von einer Rundreise durch Deutschland zurückgekehrten Mitarbeiters. Darin wird zum ersten Male in diesem konservativen englischen Blatt versucht, der nationalen Bewegung in Deutschland einigermaßen gerecht zu werden. Der Verfasser sucht seinen Lesern klarzumachen, daß das Erstarken der nationalen Bewegung Deutschland oder doch wenigstens seine

Kriegs- und Nachkriegsgeneration mit neuem Selbstvertrauen

erfülle. Hitler halte heute die entscheidende Schlüsselstellung in Deutschland. Brüning habe unter dem Druck der öffentlichen Meinung bereits zahlreiche Konzessionen machen müssen. Der deutsche

Parlamentarismus sei nur noch eine Fassade.

Es bestände kein Anlaß, diesem kränklichen Gebilde eine Träne nachzuweinen. England müsse erkennen, daß die Stresemannsche Erfüllungspolitik ein für allemal erledigt sei. Ein vielleicht rauher, aber gesunder Idealismus habe alle Schichten der Bevölkerung bis in die Linke hinein durchdrungen. Deshalb sei es falsch, wenn das Ausland sich verächtlich über das Programm der nationalen Bewegung auslasse, das versuche, die geistige Ummälzung, die im Schützengraben ihren Anfang nahm, in politische Tatsachen umzusetzen.

Vielmehr komme es darauf an, den Zustand seelischer Erregung zu verstehen, in den Deutschland durch Frankreichs hartnäckige Politik versetzt sei.

Deutschland sei so durchdrungen von dem Gedanken, daß ihm durch die Tribute Unrecht geschehe, daß man das durchaus in Betracht ziehen müsse. Man könne diese Frage nicht mehr nach veralteten Gesichtspunkten regeln. Die Ansicht, eine Einheitsfront der Gläubiger, heute übrigens entfernter denn je, könne die Dinge wieder ins Lot bringen, sei eine Täuschung. **Auch beim besten Willen könnten Brüning und Groener die nationale Flutwelle auf die Dauer nicht mit einer „loyalen Demokratie" abdämmen, denn auch für Deutschland gelte Abraham Lincolns Wort, daß mit dem Gefühl für das Volkstümliche nichts schiefgehen und daß ohne es auch nichts glücken könne.**

„Europa braucht Absatzmärkte!"

Genf, 15. Januar. In ihrer heute veröffentlichten Stellungnahme zu dem Bericht des Unterausschusses der wirtschaftlichen Sachverständigen der europäischen Studienkommission betont die englische Regierung, daß eine befriedigende

Lösung des internationalen Schuldenproblems

eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt sei. **Das einzige Heilmittel zur Ueberwindung des allgemeinen Preissturzes, der es für die Schuldnerstaaten schwierig oder gar unmöglich mache, ihren Verpflichtungen nachzukommen, sei nur ein geeignetes Vorgehen der Länder, die über ungewöhnliche Goldvorräte verfügten.**

Die englische Regierung bezeichnet weiter die Schaffung eines gemeinsamen Absatzmarktes für alle Länder und Völker als das Hauptziel einer möglichst breiten Zusammenarbeit der europäischen Völker.

Nach englischer Auffassung stelle eine vollständige Zollunion eine Abweichung von der Meistbegünstigungsklausel dar. Abmachungen zwischen zwei Ländern, wenn sie nicht auch auf andere Länder Anwendung fänden, würden der Meistbegünstigungsklausel widersprechen. Kleine Abweichungen von diesem Grundsatz, die Sonderabkommen zwischen politisch seit langer Zeit miteinander verbundenen Ländern darstellen, könnten jedoch nach englischer Auffassung keinen Präzedenzfall darstellen, der es Staaten gestatten würde, künftig Abkommen abzuschließen, auf die sich die Meistbegünstigungsklausel nicht beziehe.

Seismograph Deutschland

Man kann nicht leugnen, daß trotz der offiziellen Ächtung des Krieges im Kelloggpakt, trotz Abrüstungsgerede und Völkerbund die ganze Welt heute von einer Psychose der Sorge vor neuen Kriegen gewaltigen Ausmaßes befangen ist. Wenn dem nicht so wäre, dann würden die gewaltigen Rüstungsausgaben der souveränen Staaten irrsinnige Verschwendung sein. Diese Rüstungs- und Kriegspsychose hat ihr Zentrum in Frankreich, das in der steten Sorge lebt, es könnte eines Tages durch einen Aufruhr der durch das Versailler System in immer stärkere wirtschaftliche Unruhe geratenden Völker von seiner Vormachtstellung herabgestoßen werden. Paris ist die Ursache des Wettrüstens geworden, so wie es der Herd aller Quertreibereien gegen jeden vernünftigen Abrüstungsvorschlag ist. Von hier aus verbreitet sich auch der graue Nebel der Sorge, alle die vielen angehäuften Gegenstände eines modernen Krieges müßten eines Tages zwangsläufig den Ausbruch einer Weltkatastrophe zur Folge haben. Es ist bezeichnend für die Stimmung der Völker, daß Zukunftsromane, die einen neuen Weltkrieg mit den schrecklichsten Vernichtungsmitteln zum Gegenstand haben, in allen Sprachen reißenden Absatz finden. Ein tiefer Pessimismus hat sich der Kulturwelt bemächtigt. In früheren, glücklicheren Zeiten pflegten Zukunftsromane sich an der wunderbaren, friedlichen Fortentwickelung der Menschheit zu berauschen, während man jetzt nur noch Vernichtung und Untergang aller Werte erwartet. So wurde das Wettrüsten und die in Versailles mit brutaler Gewalt stabilisierte Ungleichheit der Kulturvölker zu einem Alpdruck, der auch die Mächtigen nicht froh werden läßt.

Dieser Zustand hat seltsame politische Ausdrucksformen gefunden. Man hat den Krieg geächtet, kann aber nicht verhindern, daß er gegenwärtig im Fernen Osten als „Ausnahmezustand" wütet. Die neueste Form der Sehnsucht nach Sicherheit sind die Nichtangriffspakte, die namentlich Rußland mit einer Reihe von Staaten: Frankreich, Polen, Rumänien, Estland, Finnland und Lettland, gegenwärtig abzuschließen trachtet. Wie stark dieser Wunsch nach neuen Friedenssicherungen ist, beweisen insbesondere die Nichtangriffsverhandlungen zwischen Rußland und Frankreich, die seit August des vorigen Jahres laufen und die in diesen Tagen zum Abschluß gebracht werden sollen. Zwei Staaten, die weder zu Land noch zu Wasser gemeinsame Grenzen und Berührungspunkte haben, gehen gegenseitig die Verpflichtung ein, sich niemals anzugreifen, obwohl auf Grund der geopolitischen Lage ein Krieg zwischen beiden Ländern ausgeschlossen sein müßte. Ein charakteristisches Zeichen für die Unsicherheit des europäischen Staatensystems! Auch hält man anscheinend auf beiden Seiten sehr wenig von der Pufferwirkung des mitteleuropäischen Raumes, vorab Deutschlands, im Konfliktsfalle zwischen den beiden Machtfaktoren.

Es ist weiterhin für das friedlose Europa recht bezeichnend, daß Frankreich sowohl wie auch Rußland sich in erster Linie im Mißtrauen voreinander gefunden haben. Rußland fürchtete den unter französischer Leitung stehenden Interventionskrieg der kapitalistischen Länder gegen das Sowjetsystem. Man denke nur an Versuche der Sowjets, in den berühmten Prozessen gegen die Wirtschaftsschädlinge alle Mängel des Fünfjahresplanes auf die Sabotage von Ingenieuren zurückzuführen, die im Dienste Frankreichs gestanden haben sollen. Umgekehrt fürchtet Frankreich nichts so sehr, als ein militärisches und wirtschaftliches Bündnis zwischen Deutschland und Rußland. Diese Besorgnis überwand schließlich die ursprüngliche sowjetfeindliche Einstellung, die ihren Hauptgrund in dem Verlust von elf Milliarden französischer Spargelder hat, die man dem Zaren geliehen hatte, die aber die Sowjetunion nicht anerkannt hat. Man machte daher zur Bedingung, daß auch Frankreichs östlichster Vorposten gegen Deutschland, Polen, in den Nichtangriffspakt einbegriffen würde. Dadurch allerdings wurde der Pakt für Frankreich ungemein wertvoll. Denn ein Polen, das der Sorgen um seine östliche Grenze enthoben ist, konnte alle seine militärischen und nationalen Energien im Westen, der Grenze gegen Deutschland, konzentrieren. Frankreichs Einwilligung in einen solchen Nichtangriffspakt richtete sich also in erster Linie gegen Deutschland, das man nun in eine Zange genommen hatte, aus der es vorläufig kein Entrinnen gibt. Durch den russisch-polnisch-französischen Nichtangriffspakt ist der Ring um Deutschland wieder vollständig geschmiedet worden. Rußland hat damit wesentlich zur Stärkung der europäischen Vormacht Frankreichs beigetragen.

Man wird ihm glauben dürfen, daß es das nicht gerne getan hat. Namentlich gegen den Nichtangriffspakt mit Polen hat es sich lange gewehrt, genau so wie gegen den Nichtangriffspakt mit Frankreichs zweitem Vasallen, Rumänien. Da aber Frankreich von diesen Bedingungen nicht abwich, kam es schließlich zu einem Kompromiß. Rußland hat wenigstens durchgesetzt, daß es gegen Polen nur zur Neutralität verpflichtet ist im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs Deutschlands. **Moskau glaubt damit uns**

SLUB
Wir führen Wissen.